

Zeitschrift:	Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber:	Bioforum Schweiz
Band:	52 (1997)
Heft:	3
Artikel:	Neu ist, dass jemand Forderungen stellt
Autor:	Bär, Willi
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-891833

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neu ist, dass jemand Forderungen stellt

Das nachstehende Gespräch über die Rolle des Finanzplatzes Schweiz während des Zweiten Weltkrieges entnehmen wir dem Jahresbericht der Alternativen Bank Schweiz ABS. Wie das Interview mit Immanuel Leuschner in der letzten Nummer stellt es einen Beitrag dar, um aus der Vergangenheit die Gegenwart besser zu verstehen (und umgekehrt). Red.

Am Gespräch nahmen teil:

Mathias Binswanger, Ökonom HSG St. Gallen; Gian Trepp, Journalist und Autor; Margrit Bühler, Mitglied des Ethischen Rates der ABS; Hanspeter Vieli, Mitglied des Verwaltungsrates der ABS

Gian Trepp, du hast ein Buch geschrieben mit dem Titel «Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg». Was für eine Rolle spielte der Schweizer Finanzplatz im Zweiten Weltkrieg?

Gian Trepp: Der Schweizer Finanzplatz erfüllte eine wichtige Funktion für die deutsche Kriegswirtschaft, für die Achsenmächte insgesamt. Um ihre Importe aus neutralen Staaten zu bezahlen, brauchten die Deutschen dringend Devisen. Spanien, Portugal, die Türkei, Schweden oder auch südamerikanische Länder wollten nicht mit Reichsmark, sondern mit einer international konvertierbaren Währung wie dem Franken bezahlt werden. Diese Devisen konnten sich die Deutschen nur in der Schweiz beschaffen. Dies taten sie, indem sie Raubgüter verkauften. Gold ist das bekannteste und wohl auch wichtigste Raubgut, doch die Nazis versilberten in der Schweiz auch geraubte Kunstwerke, Schmuckstücke oder Wertpapiere.

Eine Voraussetzung dafür, dass sich die Finanzdrehzscheibe im Krieg überhaupt weiterdrehen konnte, war die – heute würde man sagen wirtschaftsliberale – Politik des Bundesrates, damit meine ich den Verzicht auf Devisenkontrollen und den freien Goldmarkt. Der Bundesrat hätte ja – wie etwa Schweden – auch Devisenkontrollen einführen können. In der Außenwirtschaftspolitik mit den Achsenmächten war der Bilateralismus

Trumpf, gab es Clearing-Abkommen. Für diese Politik gab es keinen Zwang, trotzdem hat sich der Bundesrat gewissermaßen freiwillig dafür entschieden. Man kann sich die Frage stellen, ob diese Politik noch neutral war. Denn während die Alliierten den Dollar hatten, fehlte den Achsenmächten eine international konvertible Währung, waren sie angewiesen auf den Franken. Ich denke, dies ist eine wichtige Fragestellung, wenn man heute den Grad der Wirtschaftskollaboration der Schweiz untersucht und nicht mehr zum vornherein davon ausgeht, dass die bündesrätliche Politik nötig war, um das Überleben zu sichern.

Du hast den Bundesrat angesprochen, der ohne Zwang eine Wirtschaftspolitik betrieb, die den Achsenmächten entgegenkam. Inwiefern war das Tun der Schweizer Wirtschaft, insbesondere der Banken, im Zweiten Weltkrieg notwendig oder zumindest verständlich, weil es in der von den Achsenmächten umzingelten Schweiz darum ging, die Haut zu retten, und inwieweit war dieses Tun «freiwillig» oder von schlichtem Gewinnstreben bestimmt?

Gian Trepp: Ich glaube, man muss unterscheiden zwischen dem Handel und den Finanzgeschäften. Was den Handel betrifft, so war die von den Achsenmächten umzingelte Schweiz gezwungen, Kompromisse einzugehen, da die Schweiz ja bekanntlich nicht autark leben kann. Da sie völkerrechtlich an-

erkannt neutral war, gibt es meines Erachtens auch kein Problem damit, dass sich die Schweiz so ihre Zufuhr sicherte. Anders sieht es bei den Finanzgeschäften aus. Dort lässt sich aufgrund der Währungspolitik, die die Schweiz gemacht hat, nicht beurteilen, ob ein Geschäft der Sicherung der Zufuhr diente oder lediglich dem Gewinnstreben. Im Gegensatz zu dem, was nun fünfzig Jahre lang erzählt worden ist, nämlich, dass das internationale Geschäft der Banken im Zweiten Weltkrieg zusammengebrochen sei, gab es damals eine Konjunktur, bestanden viele Möglichkeiten, um Geld zu verdienen. Das ist eben das, was es heute zu untersuchen gilt. Die Grossbanken, denke ich, haben Geschäfte gemacht, wo und wann sie nur konnten, und verdient, verdient, verdient – solange es ging. Dabei waren die einen etwas vorausschauender als die anderen. So waren am Ende des Krieges die drei Institute, die sich völlig auf Hitler und die Achsenmächte ausgerichtet hatten – die Eidgenössische Bank, die Basler Handelsbank und die

Bank Leu – praktisch konkursreif, sie hatten verloren. Die anderen drei hingegen, die heutigen Grossbanken, hatten nicht ausschliesslich auf die Achsenmächte gesetzt, sondern sie hatten Repräsentanzen in New York gehabt, und damit wohl auch einen Informationsvorsprung, wussten eher, dass Hitler diesen Krieg verlieren würde. Dies hat dazu geführt, dass sie sich nicht einseitig engagierten, ein Klumpenrisiko vermieden, wie man dem in heutiger Sprachregelung sagen könnte. Herauszufinden, wie gross der Anteil der rein gewinnorientierten Geschäfte mit Nazi-Deutschland oder dem faschistischen Italien nun war, das wäre die Aufgabe der Forschung. Es gibt einfach viele Einzelbeispiele, bei denen es klar ist, dass aus reinem Profitinteresse heraus mit den Deutschen geschäftet wurde. Bürle zum Beispiel war nicht gezwungen, die Deutschen mit Flab-Kanonen auszurüsten.

In der Diskussion über die Rolle der Schweizer Banken im Zweiten Weltkrieg wird erstaunlicher-



Gian Trepp

Alle Fotos zu diesem Artikel: Urs Siegenthaler

weise kaum je ein Bezug zur heutigen Praxis der Banken hergestellt. Deshalb meine Frage: Gibt es in der Politik der Banken eine Kontinuität, die sich bis heute durchzieht, oder ist heute alles anders?

Margrit Bühler: Die Vermischung der Ebenen, die fehlende Transparenz, die Gian Trepp im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg angesprochen hat, findet auch heute statt. Ein aktuelles Beispiel: Wenn hierzulande eine Hypozinssenkungsrunde stattfindet, lässt sich dies nicht trennen von aus dem Ausland zugeflossenen Geldern, von denen man nicht weiß, woher sie kommen, ob aus dem Drogenhandel, von der Mafia...

Mathias Binswanger: Wie Margrit Bühler es bereits angetont hat, sind die Schweizer Banken nach wie vor sehr liberal in bezug auf das Geld, das in die Schweiz hereinkommt. Auf diesem Gebiet hat die Schweiz eine lange Tradition. Es war auch immer ein wichtiger Wettbewerbsvorteil des Schweizer Finanzplatzes, dass man nicht fragte, woher das Geld kommt, sondern alles angenommen hat. Aber sonst würde ich nicht allzuvielen Zusammenhängen zwischen der damaligen und der heutigen Situation herstellen, denn heute haben wir es mit einer ganz anderen Problemlage zu tun. Was die heutige Situation auszeichnet, ist eine einseitige Ausrichtung auf Gewinnmaximierung, auf Shareholder value, die besonders gravierend

wird, weil wir in der Schweiz seit fünf, sechs Jahren kein Wachstum mehr haben. In einer nicht wachsenden Wirtschaft kann man Gewinne nur dadurch aufrechterhalten, dass man die Kosten senkt, was meist gleichbedeutend ist mit dem Abbau von Arbeitsplätzen. Auch die Banken spielen dabei eine entscheidende Rolle: einerseits, indem sie selber Stellen abbauen, andererseits sorgen sie mit dem Handel von Aktien dafür, dass die Ausrichtung auf den Shareholder value noch verstärkt wird. Das ist der hauptsächliche Problemkreis von heute, der ein ganz anderer ist als der damalige.

Hanspeter Vieli: Was die in den Banken herrschende Mentalität betrifft, sehe ich allerdings deutliche Gemeinsamkeiten zwischen damals und heute. Mich dünkt die heutige Situation sogar noch akzentuierter. Im Zweiten Weltkrieg befand man sich in einer gewissen Notlage, gab es Entschuldigungen oder Ausreden, wie auch immer. Die heutige Situation ist zwar nicht mehr so komfortabel wie auch schon, doch unvergleichlich weniger prekär als die damalige Eingeschlossenheit. Und trotzdem erreichen die heutigen Flucht-, Drogen- und Mafia-Gelder die Größenordnung der damaligen Raubgoldgelder oder übersteigen sie gar. Die Mentalität, die uns vor fünfzig Jahren die Belastungen von heute eingebrockt hat, ist doch immer noch die gleiche. Deshalb frage ich mich, wenn wir uns nur um die Vergan-

genheit kümmern, keine Rückschlüsse auf das Hier und Jetzt ziehen, haben wir dann in weiteren fünfzig Jahren nicht noch unangenehmere Diskussionen zu gewärtigen?

Margrit Bühler: Für mich hat die Frage nach dem Früher und Heute stark mit der Orientierung der Banken zu tun, also mit den Fragen: Wozu sind die Banken eigentlich da, was sind ihre Aufgaben und Ziele? In diesem Sinne sehe ich sehr wohl einen Zusammenhang zwischen früher und heute.

Mathias Binswanger: Die Aufgabe einer Bank besteht letztlich darin, Gewinn zu machen, wie bei jedem anderen Unternehmen auch. Sie wird am Aktienmarkt positiv bewertet, wenn sie grosse Gewinne verspricht. Macht sie hingegen keine Gewinne, hat sie einen Wert von null. Eine Bank wird solange keine moralischen Aspekte in ihre Geschäftstätigkeit miteinbeziehen, als sie nicht von aussen dazu gezwungen wird.

Was den Schweizer Banken heute vorgeworfen wird, ist zum allergrößten Teil schon länger bekannt, es gibt das Buch von Werner Rings «Raubgold aus Deutschland», es gibt das Buch von Gian Trepp, es gibt einige Filme und Dutzende von Artikeln zum Thema, doch eine breitere Diskussion kam erst in den letzten Monaten zustande. Wieso erst jetzt?

Gian Trepp: Möglich wurde das erst mit dem Ende des Kalten Krieges. Solange der Kampf gegen den Kommunismus Trumpf war, waren die Voraussetzungen dazu nicht gegeben, dass man sich mit den Schattenseiten der eigenen Geschichte auseinandersetzt. Im Mai 1995, anlässlich der Erinnerungen an den vor fünfzig Jahren zu Ende gegangenen Zweiten Weltkrieg, kam das Thema wieder ins Bewusstsein der Medien, der Politiker.

Damals wurde die wirkliche Bedeutung des Themas der nachrichtenlosen Vermögen erst richtig wahrgenommen, wurde mit einem Mal klar, dass die Schweizer Banken nicht ausschliessen können, dass immer noch solche Gelder bei ihnen liegen. Im Mai 1995 – unterdessen hat sie es nachgeholt – konnte die Nationalbank nicht ausschliessen, dass Hakenkreuz-Goldbarren in den Berner Tresoren liegen. D'Amato und der Jüdische Weltkongress haben dies aufgegriffen und daraus eine Kampagne gemacht. Dies hat dazu geführt, dass die Geschichte nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden konnte. Was D'Amato und andere in den Archiven zutage gefördert haben, war gar nicht so wichtig, weil das meiste in der Schweiz eigentlich bekannt war. Die Linken und die 68er haben in ihren Zeitungen auch darüber geschrieben.

Wir alle haben schon einmal gesagt oder geschrieben, dass sich die Geschichte nicht einfach entsorgen lässt, doch in dieser Deutlichkeit habe ich das zum ersten Mal wahrgenommen. Darum ist es auch wichtig, was heute auf dem Finanzplatz passiert. Auch heute kann man lesen, wenn man will, dass die russische Mafia so und so viele Milliarden in der Schweiz hat, alle Mafias der Welt und Mobutu und... Das Wissen darüber ist eigentlich da, aber es wird nicht in seiner ganzen Bedeutung wahrgenommen, auch nicht erforscht.

Hanspeter Vieli: Mit dem, was Gian Trepp punkto Zeitpunkt angeführt hat, stimme ich überein. Ich glaube aber, dass es noch weitere Faktoren gibt. So dünkt es mich auffällig, dass diese geschichtliche Kritik in einen Zeitraum fällt, in dem die Banken eh schon genug Schwierigkeiten am Hals haben – alle Grossbanken haben in letzter Zeit



Milliardenbeträge abgeschrieben...

Heisst das, du denkst, dass die Kritik an der Bankenpolitik während des Zweiten Weltkrieges eigentlich auf die Banken von heute zielt?

Hanspeter Vieli: Nein, so meine ich das nicht. Aber wahrscheinlich spielt in dieser Auseinandersetzung auch ein Kampf von heute mit herein. Was das genau für ein Kampf ist, ist mir auch noch nicht klar. Ich stelle nur fest, dass Verschiedenes auf auffällige Art zusammenkommt. Unter anderem gehört dazu auch, dass die Grossbanken genau in dem Moment, wo sie eins auf die Rübe kriegen, dabei sind, sich von der Schweiz zu lösen.

Mathias Binswanger: Das ist so, die Basis Schweiz wird immer unwichtiger, nicht nur bei den Banken, sondern bei den meisten bedeutenden Unternehmen. Das sieht man insbesondere, wenn man die Entwicklung der einzelnen Aktienkurse mit der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft vergleicht. Während sich die Aktienkurse der meisten bedeutenden Schweizer Unternehmen in den neunziger Jahren real verdoppelt haben, gab es in der Schweiz ein Nullwachstum. Offenbar beziehen sich die Gewinnerwartungen, die die Aktien in die Höhe treiben, nicht auf die Schweiz, sondern auf den Weltmarkt.

Margrit Bühler: Es wurde schon verschiedentlich festgestellt, dass die Vorwürfe an die Adresse der Schweizer Banken inhaltlich längst bekannt waren. Doch während die Linken und die 68er lediglich kritisiert und angeprangert haben, in der Hoffnung, dass sich die Schuldigen moralisch angesprochen fühlen und deshalb etwas ändern würden, ist jetzt jemand gekommen und hat Forderungen gestellt. Das ist doch das Neue, dass da jemand kommt und sagt: wir wollen. Das scheint mir Ausdruck einer gegenüber den sechziger Jahren veränderten Sprache, eines neuen Bewusstseins, das davon ausgeht, dass es nicht reicht, Missstände anzuprangern, dass nur etwas geschieht, wenn ich ganz konkret sage, was ich will, was geändert werden muss. Wenn jemand Geldforderungen an die Schweiz stellt, löst das ganz andere Prozesse aus, als wenn sie einfach ein weiteres Mal kritisiert wird.

Hanspeter Vieli: Ich sehe die neue Qualität dieser Forderungen. Für mich verbindet sich damit aber auch eine Gefahr, die man mit dem Begriff Ablass umreissen könnte. Man zahlt einen gewissen Betrag, dann wird die Decke wieder darüber geöffnet und alles ist vergessen, bleibt ohne Auswirkungen. Die Banken operieren bereits in Richtung dieses Musters.

Mathias Binswanger: Das ganze Rechtssystem, insbesondere in den USA, tendiert heute in Richtung Ablasshandel. Man kann

Margrit Bühler



sich heutzutage gewissermaßen freikaufen; man einigt sich, zahlt den Klägern eine gewisse Summe und umgeht so ein Gerichtsverfahren.

Wie geht es weiter? Seht ihr Entwicklungstendenzen in Richtung mehr Transparenz? Oder wird die ABS diesbezüglich eine randständige Ausnahmeerscheinung bleiben?

Gian Trepp: Als Gedankenexperiment, ich betone, als reines Gedankenexperiment, könnte man sich ja vorstellen, dass sich aus der Erfahrung der Aufarbeitung der eigenen Geschichte heraus eine der Grossbanken weltweit so positioniert, wie sich die Alternative Bank ABS auf dem Schweizer Markt positioniert hat. Dass sie sich in Hongkong und Schanghai präsentiert als die transparente Bank, die offenlegt, was ihre Geschäfte ökologisch und sozial bedeuten und sich so vom Kasinokapitalismus abhebt.

Hanspeter Vieli: Die inzwischen auch bei uns dominierende neoliberale Ideologie stammt zum allergrößten Teil aus den USA. Für mich heißt das, dass Europa nur dann eine Chance auf einen eigenständigen Weg hat, wenn es dieser Ideologie etwas entgegensetzen kann, wenn es zu einem Antipoden der USA wird. Es sind natürlich verschiedene Möglichkeiten denkbar, um sich von den USA abzuheben, aber eine Option wäre sicher die ökosoziale, wie sie der ABS vorstellt und wie sie Gian Trepp

in seinem Gedankenexperiment als möglichen Weg für eine Grossbank skizzieren hat.

Gian Trepp: Es wäre ein denkbarer Ansatz, dass man in Europa sagt, wir sind trotz des Bankrotts des Realsozialismus stolz auf das, was die Arbeiterbewegung erreicht hat, auf den Sozialstaat, den wir entwickelt haben. Wir wollen keine McDonaldisierung, keine Deregulierung der Löhne à l'américaine. Dass man aus diesem Selbstbewusstsein heraus dem Deregulierungsprogramm aus Übersee ein europäisches Programm entgegenstellen würde. Man kann noch weiter zurückgehen, sich auf die Französische Revolution berufen. Das Problem ist nur, dass ich niemanden ausmachen kann, der in diese Richtung geht, weder in Frankreich noch in England oder Deutschland.

Hanspeter Vieli: Ich sehe einzelne Leute, beispielsweise Jacques Delors. Als ich seine Erklärung las, in der er darlegte, wieso er nicht für die französischen Präsidentschaftswahlen kandidiert, traute ich meinen Augen nicht, weil seine Argumente genau in diese Richtung zielten. So begründete er seinen Verzicht damit, dass es im Moment nicht möglich sei, in Frankreich solche Denkmodelle durchzusetzen.

Mathias Binswanger: Das Problem bezüglich einer Entwicklung hin zu mehr Transparenz scheint mir dort zu liegen, dass in der Nicht-Transparenz, in der



Hanspeter Vieli

Anonymität ja gerade der Wettbewerbsvorteil des Schweizer Finanzplatzes liegt. In der nahen Zukunft – Stichwort: europäische Währungsunion – dürfte sich dies weiter akzentuieren.

Margrit Bühler: Ich komme wieder auf die Ebene des Bewusstseins zu sprechen. Und da glaube ich, wird im privaten, im individuellen Bereich doch einiges spürbar. So ist mir letzthin eine Studie in die Finger gekommen, die meine persönlichen Erfahrungen stützt. Ein Resultat dieser Untersuchung lief darauf hinaus, dass den Befragten, es handelte sich dabei um Leute auf Arbeitssuche, immer wichtiger wird, dass sie eine Arbeit bekommen, zu der sie auch stehen können. Das zeigt doch, dass sich zumindest in den Köpfen der Individuen etwas bewegt, dass vielleicht auch das Bedürfnis wächst nach einer Bank, zu der man stehen kann, deren Geschäfte transparent sind.

Gian Trepp, du triffst dich in deiner Funktion als Journalist häufig mit Bänkern. Was bekommst du für einen Eindruck von dem, was in ihren Köpfen vorgeht?

Gian Trepp: Vor allem sind sie den Zwängen des Systems unterworfen. Der Zwang, Maximalprofite zu erwirtschaften, ist heute stärker denn je. Früher konnte sich einer mit dem Hinweis auf seine stramm antikommunistische Gesinnung noch erlauben, vielleicht etwas weniger Profit zu machen. Diese Zeiten sind vor-

bei, heute zählt nur noch die Performance, die einer aufweisen kann. Ich glaube, dass es viele gibt, die einiges einsehen, gerade was die Ökologie betrifft, doch als Individuen sind sie zu schwach, um etwas zu verändern. Wenn du mich fragst, ob es möglich sei, dass mehr Transparenz in die Bankenwelt komme, so möchte ich das hoffen, doch ich habe Mühe, es zu glauben. Denn was ich zurzeit sehe, gerade auch im Bereich der derivativen Finanzinstrumente, geht eher in die Gegenrichtung.

Wo sieht ihr die Möglichkeiten, die Chancen der Alternativen Bank ABS?

Mathias Binswanger: Man könnte ganz traditionell argumentieren und sagen, die ABS stellt Risikokapital zur Verfügung. Das wäre sicher eine sinnvolle Sache, wird doch immer wieder bemängelt, dass es in der Schweiz zu wenig Risikokapital gibt, dass die kleinen und mittleren Unternehmen Mühe haben, an Kredite zu kommen. Man müsste sich natürlich fragen: Risikokapital wofür? Ich nehme mal an, die Antwort müsste in Richtung sustainable development (nachhaltige Entwicklung) gehen. In diesem Bereich braucht es das Risikokapital noch viel dringender als anderswo, weil die Finanzmärkte dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit viel zu wenig Rechnung tragen.

Hanspeter Vieli: Genau in diesem Punkt haben wir bis jetzt ei-

ne gewisse Schwäche. Wenn man von Risikokapital spricht, vergisst man leicht, dass das Geld, das dafür in Frage kommt, ja irgendwoher kommt, dass da Leute sind, die es der Bank zur Verfügung gestellt haben. Wir können nicht Risikokapital vergeben und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Leute ihr Geld bei uns sicher angelegt haben. Darum haben wir einen Innovationsfonds gegründet, der mit Geld gespien wird, das einem grösseren Risiko ausgesetzt sein darf. So haben wir beispielsweise vorgesehen, dass ABS-Aktionäre und Aktionärinnen, die auf eine Auszahlung der Dividenden verzichten wollen, dies zugunsten des Innovationsfonds tun können. Doch die Perspektiven, die uns dieser Innovationsfonds eröffnet, sind vorläufig noch bescheiden. Eine andere Möglichkeit ist der sogenannte Treuhandkredit, bei dem die Bank den direkten Kontakt zwischen Anlagewilligen und Kreditsuchenden herstellt.

Mathias Binswanger: Genau wegen dieser Schwierigkeiten ist es auch wichtig, dass man auf der politischen Ebene für günstigere Rahmenbedingungen kämpft. Ich denke da insbesondere an eine ökologische Steuerreform, dass man das Schwergewicht der Steuern von der Arbeit wegnimmt und zur Energie hin verlagert. Sobald sich die Rahmenbedingungen ändern, wird es auch profitabler werden, in Projekte zu investieren, die auf Nachhaltigkeit zielen. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es eben oft – rein ökonomisch gedacht – wenig profitabel.

Hanspeter Vieli: Damit wären wir wieder bei der Frage Europa-USA. Wenn die EU Öko-steuern einführen würde, wäre das ein wichtiger Schritt in Richtung des eigenständigen Weges, der mir vorschwebt.

Mathias Binswanger: Wir müssen in der Schweiz ja nicht unbedingt auf die EU warten.

Gian Trepp: Im Zusammenhang mit den Zukunftsperspektiven der ABS kommen mir die Kantonalsbanken in den Sinn. Ein Teil von ihnen versucht im Moment offenbar, den Grossbanken nachzueifern. So kommt die Basler Kantonalsbank nach Zürich und empfiehlt sich für Vermögensverwaltung und den Handel mit Wertschriften bis hin zu Derivaten und ähnlichen Risikopapieren. Oder nehmen wir die Genfer Kantonalsbank, die dem Immobilienspekulanten Jürg Stäubli, der nun schon seit einigen Monaten im Gefängnis sitzt, rund 80 Millionen Franken nachgeworfen hat. Gleichzeitig sucht die Genfer Kantonalsbank ihr Heil im Offshore-Vermögensverwaltungsgeschäft, versucht sich dort ein zusätzliches Standbein zu schaffen. Diese Annäherung mancher Kantonalsbanken an die Geschäftspolitik der Gross- oder Vermögensverwaltungsbanken öffnet für die ABS einen Raum.

Margrit Bühler: Wenn ich mir die Möglichkeiten der ABS überlege, gerade auch im Zusammenhang mit der notwendigen Veränderung der Rahmenbedingungen, die Mathias Binswanger angesprochen hat, so stellt sich mir die Frage: Wie können wir ein neues Bewusstsein schaffen? Dies geschieht nicht, indem die ABS einfach still und idealistisch vor sich hin werkelt, auch nicht durch eine Haltung, die missionarische Züge trägt, nein, ich stelle mir vor, dass wir aus unserer Erfahrung heraus eine Diskussion über die Orientierung unserer Banken verlangen. Vielleicht erreichen wir so, dass überhaupt einmal darüber geredet wird, was für eine Aufgabe eine Bank hat. Denn das ist eine Frage, die alle angeht.

*Fragen und Bearbeitung:
Willi Bär*



Willi Bär